

Ein äußerst hoher Preis

Tsipras wollte nicht, dass die Linke mit den Bildern einer humanitären Krise assoziiert wird. Um dieses Stigma zu verhindern, musste der Staatsbankrott verhindert werden. Von Giorgos Anandranistakis

Die Vereinbarung ist bedrückend, schwierig, quälend und weit von den programmatischen Zielen und den Festlegungen der Regierung entfernt, und doch war sie unter den gegebenen Umständen die einzig mögliche Option. Die andere Option hätte aus einem jähen Sprung ins Leere bestanden, noch dazu ohne Fallschirm oder Sprungtuch, um den Sprung abzufedern. Mit geschlossenen Banken, ohne Banknoten in den Geldautomaten, mit einer für zwei Wochen auf Eis gelegten Wirtschaftstätigkeit, der plötzliche Staatsbankrott wäre einem Selbstmord gleichgekommen.

Die Möglichkeit zur sofortigen Einführung einer nationalen Währung bestand nicht einmal, denn die sogenannte Rückkehr zur Drachme erfordert eine Vielzahl technischer und rechtlicher Voraussetzungen. Wir hätten uns auf die Zirkulation einer Parallelwährung, höchstwahrscheinlich in der Form von Schuldscheinen, den berüchtigten IOU [engl.: I Owe You], verpflichten müssen. Es hätte sich um eine Entscheidung ohne Präzedenzfall in der weltweiten Währungsgeschichte gehandelt, bei der niemand zu einer Einschätzung darüber in der Lage gewesen wäre, wie sie ablaufen, wer die Währung akzeptieren und wie ihre Wechselkurse gestaltet werden würden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte sie sich früher oder später in Inflationsgeld oder in Wertmarken mit eingeschränkter Eintauschbarkeit verwandelt.

Die Parallelwährung wäre eine Inflationslösung mit kurzfristigem Verfallsdatum gewesen, also keine echte Währung. Und danach hätte es zwei Optionen gegeben, entweder die Rückkehr der Regierung zu Verhandlungen unter Bedingungen eines ökonomischen Totalzusammenbruchs, oder die schnellstmögliche Einführung einer nationalen Währung durch einen organisierten und einvernehmlichen Grexit. Wir hätten dann darum bitten müssen, dass wir den Schäuble-Plan bekommen, der ei-

Giorgos Anandranistakis ist Journalist der SYRIZA-nahen Zeitung »Avgi«. Dort erschien sein Text am 14. Juli. Übersetzung aus dem Neugriechischen: Céline M. Spieker

nen fünfjährigen Austritt aus der Eurozone, den Verbleib in der Europäischen Union und die Leistung humanitärer Hilfe vorsieht. Gott ist mein Zeuge – die humanitäre Hilfe brüskiert mich mehr als irgendeine, wie auch immer geartete, Vereinbarung, und besonders dann, wenn die Hilfe von Schäuble kommt.

Selbst diejenigen, welche sonst offen zum Austritt aus der Eurozone und der Europäischen Union tendieren, wünschten sich keinen ungeordneten Staatsbankrott. Herr Koutsoumbas (Dimitris Koutsoumbas ist Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands KKE, Anm.d.Red.) hat es klar und deutlich gesagt: weder ein neues Memorandum noch ein Staatsbankrott. Er war nicht sehr hilfreich, aber dafür äußerst sicher. Aber auch die Kräfte von SYRIZA, die eine Rückkehr zu einer nationalen Währung fordern, sprachen in ihrem schriftlichen Debattenbeitrag von einem koordinierten Austritt mit einem viermonatigen Brückenprogramm. Selbst von ihren fanatischen Unterstützern gab es keinen Plan B für die Drachme, obwohl sie zu dessen Erstellung während der drei Jahre, in denen die Linke ihren Anspruch auf die Regierung geltend machte, mehr als genügend Zeit gehabt hätten. Es sei denn, die verbale Versicherung darüber, dass wir zwar einige Monate leiden, danach aber alles wieder gut wird, wird als Plan angesehen.

Tsipras optierte nicht für den Staatsbankrott, er wollte nicht, dass die Linke mit den Bildern einer humanitären Krise assoziiert wird, die sie auf ewig stigmatisiert hätten. Er bevorzugte die Annahme der bedrückenden, schwierigen und quälenden Vereinbarung, er nahm die Fehlritte auf

sich, die während und nach dem auf die Militärjunta 1974 folgenden Übergang zur Demokratie gemacht wurden, und darüber hinaus die Last der Fehler aus den vergangenen sechs Monaten.

Tsipras hat die Lasten geschultert, und ich hoffe, dass er sie lange tragen kann, dass er sie nicht den Sündern der Vergangenheit übergibt. Die Linke ist dazu verpflichtet, an der Macht zu bleiben und zu tun, was sie schuldig ist, auch wenn sie dafür einen äußerst hohen Preis zahlen muss.

Wie Du helfen kannst:

Nimm Kontakt mit Solidarität für Alle oder einer Solidaritätsstruktur deines Interesses auf.

Mach eine Kampagne oder eine öffentliche Veranstaltung in deinem Land. Wenn du Ideen oder Hilfe brauchst, gib uns Bescheid.

Organisiere Spendenaktionen und Kampagnen für Medikamente und Nahrungsmittel für die selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen.

Du kann auch auf folgendes Bank-Konto spenden:
IBAN GR590110040000004048343562
BIC ETHNGR AA

Informiere uns über Solidaritätsaktionen oder über ähnliche Bewegungen in deinem Land und informiere dich über die griechische Bewegung bei www.facebook.com/sol4all.

Sag es weiter!